

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

a.o. Landesparteitag 19. Sept. 2015

Antrag Fl 1

-beschlossene Fassung-

Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!

In Europa, auf Bundesebene, in Hamburg und in den Bezirken

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen, nimmt seit mehreren Jahren zu. Wurden 2012 noch rund 65.000 Asyl-Erstanträge gestellt, waren es 2013 über 109.000 und 2014 über 173.000 Erstanträge. Nach der neuesten Prognose des Bundesinnenministers wird damit gerechnet, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen werden – das wären etwa viermal so viele wie im Vorjahr. Und nach den letzten Wochen gibt es deutliche Anzeichen, dass auch diese Prognose deutlich überschritten wird.

Nach dem "Königsteiner Schlüssel" nimmt das Bundesland Hamburg jedes Jahr rund 2,5 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber auf. Im Jahr 2014 hat Hamburg mehr als 6.600 Flüchtlinge aufgenommen, von denen rund 6.000 in öffentlichen Unterkünften untergebracht wurden. Für das Jahr 2015 rechnet die Innenbehörde mit einem rund vierfachen Anstieg der in Hamburg einreisenden Flüchtlinge.

Trotz dieser massiv steigenden Zahlen hat Hamburg die Situation bisher insgesamt erstaunlich gut bewältigt – dafür sind wir den Haupt- und Ehrenamtlichen in Verwaltung und Zivilgesellschaft sehr dankbar. Während in anderen Bundesländern z.B. die Zentralen Erstaufnahmen (ZEA) teilweise schlicht wegen Überfüllung geschlossen wurden, hat sich Hamburg der Aufgabe zu jedem Zeitpunkt gestellt und phasenweise sogar noch die in anderen Bundesländern abgewiesenen Flüchtlinge in ihren ZEA betreut. Es konnte z.B. auch sichergestellt werden, dass zum Schuljahresbeginn kurzfristig belegte Turnhallen wieder für den Sportunterricht und die Sportvereine zur Verfügung gestellt werden konnten.

Neben der Quantität der Unterbringung wird im Rahmen des Möglichen auch auf eine angemessene Qualität geachtet, auch wenn die aktuellen Zugangszahlen zu vielen Kompromissen und Provisorien zwingen. So wird bei uns beispielsweise die sofortige Beschulung aller Flüchtlingskinder umgesetzt, dieses ist nicht in allen Bundesländern der Fall. Gleiches gilt für die Gesundheitskarte für Flüchtlinge und das Projekt W.I.R. zur schnellen Aufnahme beruflicher Qualifikationen von Flüchtlingen.

Auch die Haltung in der Bevölkerung ist ganz überwiegend von einer enormen Hilfsbereitschaft gekennzeichnet. So hat sich bisher an jedem neuen Standort, welcher für die ZEA oder für Folgeunterkünfte eingerichtet wurde, innerhalb kürzester Zeit ein Unterstützerkreis gebildet. Situationen offener Anfeindungen dagegen sind in Hamburg bisher nicht vorgekommen. Gleichwohl wäre es naiv anzunehmen, dass es nicht auch in

Hamburg mehr oder weniger verdeckte Ressentiments gibt. Deswegen ist für uns klar: In einem weltoffenen und toleranten Hamburg hat Fremdenhass keinen Platz, wir werden uns diesem überall und zu jeder Zeit offensiv in den Weg stellen. Das hat auch die eindrucksvolle Demonstration auf dem Rathausmarkt „Hamburg bekennt Farbe“ unterstrichen. Mit dieser Haltung werden wir auch die Flüchtlingspolitik weitergestalten – wir schaffen das!

Wir werden darauf bestehen, dass nicht nur Nahrung und Hilfsangebote, sondern auch unsere Werte weiter gegeben werden. Werte von Leistung und Zuverlässigkeit, die unsere Arbeitswelt prägen, Freiheitliche Werte, von Selbstbestimmung und Respekt, die den Umgang mit Religion und Sexualität bestimmen und politische Werte der Partizipation und Anerkennung von Opposition.

Gleichwohl ist ebenso klar, dass es angesichts des Zustroms Fragen, Sorgen und auch Kritik gibt. Diesem stellen wir uns. Die ständig steigenden Zahlen der bei uns ankommenden Flüchtlinge machen es unvermeidlich, dass immer schneller immer größere Unterkünfte errichtet werden müssen. Es bleibt kaum Zeit, die anwohnende Bevölkerung zu informieren. Gesichtspunkte wie die Vermeidung einer Ballung besonders vieler Plätze auf relativ geringem Raum oder eine gleichmäßige Verteilung zwischen den Stadtteilen, können in Notsituationen nicht immer berücksichtigt werden. Die Verwaltung ist gezwungen, auf die tägliche Herausforderung der Unterbringung schutzsuchender Menschen zu reagieren, ein in die Zukunft gerichtetes Agieren wird durch die sich stetig ändernden Rahmenbedingungen immer schwerer.

In dieser Situation ist es dringend erforderlich, dass trotz der ständigen Notwendigkeit schnellen Handelns, um allen Flüchtlingen auch im Winter ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, unsere langfristigen Ziele nicht aus den Augen gelassen werden. Zwar werden nicht alle Menschen, die täglich zu uns kommen, auch bleiben, jedoch müssen wir gerade als Stadtstaat und Ballungszentrum damit rechnen, dass die hohe Zahl der Flüchtlinge auch langfristig einen erheblichen Mehrbedarf an Wohnraum, Arbeitsplätzen und Bildungs- und Betreuungsangeboten auslösen wird. Diese Entwicklung kommt zur bestehenden und auch für die kommenden Jahrzehnte prognostizierten fortgesetzten Anziehungskraft der Metropole Hamburg gegenüber den ländlichen Räumen noch hinzu.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass das bisherige Prinzip, dass die Schaffung von Unterkünften keinen Wohnungsbau dauerhaft verhindern soll, grundsätzlich weiter beibehalten wird. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung ist es allerdings notwendig, dass die Anstrengungen für den Wohnungsbau nochmals verstärkt werden, um aus den provisorischen Zelten und auch Containern möglichst schnell in festen Wohnraum vermitteln zu können.

Aufgabe der kommenden Jahre wird es insbesondere für uns Sozialdemokraten sein, auf den Erfahrungen mit den Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre aufbauend, trotz des steigenden Drucks auch weiterhin für den sozialen Ausgleich zwischen alten und neuen sowie auch innerhalb der neu entstehenden Quartiere zu sorgen. Kurzfristig muss die Stadt sich darüber Gedanken machen, wo sie ein relativ schnelles Wachstum erlauben will. Hierzu ist eine enge Abstimmung zwischen Landes- und Bezirksebene dringend erforderlich.

Wir stellen uns deshalb der Herausforderung, beim Wohnungsbau noch eine deutliche Schippe draufzulegen, um die von uns bereits erfolgreich erreichte Zielzahl von 6.000 neuen

Wohneinheiten noch einmal Schritt für Schritt deutlich zu steigern – auch damit die Flüchtlinge nicht jahrzehntelang in Unterkünften wohnen müssen, was für den sozialen Frieden in unserer Stadt kein Dauerzustand sein kann und darf. Insbesondere im Bereich des klassischen sozialen Wohnungsbaus wollen wir eine deutliche Erhöhung der Zielzahlen. Die SAGA soll und muss ihre Neubauleistungen weiter merklich steigern, denn ohne das städtische Wohnungsunternehmen wird diese Anstrengung nicht gelingen. Für Flüchtlinge wollen und müssen wir darüber hinaus kurzfristig zusätzlichen Wohnraum in größerem Umfang schaffen; hierbei wird uns die angestrebte Baurechtsvereinfachung des Bundes helfen. Außerdem ist eine wesentlich offensivere Flächenpolitik des Landesbetriebs Immobilien und Grundvermögen notwendig. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Niveau der Baukosten stabilisiert wird. Anstrengungen sind auch im Bereich der Gewerbeflächen nötig – z.B. in dem wir die aus dem Wohnungsbau erfolgreichen Instrumente auf den Gewerbebau noch stärker übertragen. Gerade angesichts des Flüchtlingszustroms und der Integrationsherausforderung gilt: Neue Arbeitsplätze werden genauso dringend gebraucht wie neue Wohnungen.

Um die notwendige Akzeptanz für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgabe zu erlangen und zu erhalten, muss die Bevölkerung bei den einzelnen Schritten mitgenommen werden. Die Einrichtung und ständige Aktualisierung der Flüchtlingsinformationsseiten auf www.hamburg.de ist hierfür ein gut gelungenes Beispiel. Die Information der Anwohnerinnen und Anwohner neuer Flüchtlingsunterkünfte muss, auch unter den erschwerten Bedingungen, so schnell wie eben möglich erfolgen. Außerdem bedarf es jetzt der Diskussion sowie der Präsentation unserer mittel- und langfristigen Ziele und Antworten hinsichtlich des steigenden Flüchtlingsstromes. Hier wird es auf eine hamburgweite Verständigung über neue Zielzahlen im Bereich Wohnungsbau und Wirtschaftsentwicklung mit Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen wichtigen Partnern ankommen, damit die konkreten Entscheidungen vor Ort auch möglichst breit getragen werden.

Verantwortung übernehmen in Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugte Europäer und wissen, dass eine engere Zusammenarbeit und Unterstützung von Herkunfts- und Transitländern sowie von politischen Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen und der Kampf gegen den Menschenschmuggel nur auf europäischer Ebene zu erreichen sind.

Aufgabe der EU-Außenpolitik ist es zunächst unter Einbeziehung der Mitgliedsstaaten gegen Fluchtursachen anzugehen. Hierzu bedarf es eines vielfältigen Instrumentariums, welches auf die einzelnen Regionen zugeschnitten ist.

So bedarf es für die Länder des Westbalkans neben einer Förderung der Infrastruktur, der massiven Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch der Schaffung einer realistischen EU-Beitrittsperspektive sowie einer jedenfalls teilweisen Ausweitung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Für die Menschen aus afrikanischen Staaten, die sich mit dem Gedanken tragen nach Europa zu kommen, wollen wir vor Ort ein umfangreiches Beratungs- und Informationsangebot bereithalten. Neben realistischen Informationen über das deutsche Asylsystem, soll

insbesondere über die Möglichkeit legaler Arbeitsmigration informiert und – sofern möglich – beim Erwerb der erforderlichen Qualifikationen Unterstützung geleistet werden. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen aus westafrikanischen Staaten bedarf es auf europäischer Ebene darüber hinaus dringend auch einer Änderung der europäischen Agrarpolitik – denn in Wahrheit ist diese mitverantwortlich dafür, dass viele Menschen vor Ort keine Perspektive mehr sehen.

Kriegsbedingte Fluchtgründe wie in Syrien, Irak und Afghanistan müssen durch eine vermehrte Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerkes jedenfalls abgemildert werden. Die EU ist hier gefragt, die Kräfte Ihrer Mitgliedsstaaten zu mobilisieren. Angesichts der Dimension der Flüchtlingskrise ist die gesamte Weltgemeinschaft, von den Golfstaaten bis zu den USA, gefragt durch massive Zuwendungen an das UN-Flüchtlingshilfswerk die Flüchtlingslager rund um die Krisenherde im nahen und mittleren Osten unverzüglich zu stabilisieren. Wir begrüßen, dass die Mittel des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Mio. aufgestockt werden sollen, um die Unterstützung bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingslagern in den Krisenregionen zu verbessern, die Stabilisierung von Herkunfts- und Transitländern voranzubringen und die Kommunikationsarbeit der Botschaften in migrationspolitischem Umfeld zu verbessern. Das alles kann aber nur ein erster Schritt sein – und viele Länder müssen dem folgen!

Darüber hinaus gehören unabdingbar zur langfristigen Konzeption einer umfassenden europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik neue politische Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas. Die Stabilisierung zerfallender Staaten, die Eindämmung von Gewalt und Bürgerkrieg müssen einhergehen mit konzentrierten Anstrengungen für wirtschaftliche Entwicklung und der Schaffung echter wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven, besonders für junge Menschen in den Herkunftsländern. Alle Anstrengungen der Staatengemeinschaft, allen voran der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, müssen mit aller Kraft darauf gerichtet sein. Hier ist die gesamte Weltgemeinschaft unverzüglich gefordert, wenn wir die aktuellen Völkerwanderungen in geordnete Bahnen lenken wollen. Deutschland hat mit unserem Bundesaußenminister hierzu schon wichtige Impulse geliefert. Das BMZ muss seinen Mitteleinsatz auf die Bekämpfung von Fluchtursachen in wichtigen Herkunftsländern konzentrieren.

Schließlich muss die EU in ihren Beziehungen mit den Herkunftsstaaten in Bezug auf die Rückreise abgelehnter Asylbewerber auf eine konstruktive Zusammenarbeit drängen und hiervon auch das Ausmaß ihrer jeweiligen Unterstützung abhängig machen. Darüber hinaus bedarf es hinsichtlich autoritärer Staaten wie Eritrea, einer gezielten diplomatischen Intervention sämtlicher EU-Mitgliedstaaten zur Liberalisierung der dortigen Verhältnisse, die jungen Menschen eine Bleibeperspektive in ihrer Heimat eröffnet.

Wir wissen aber, dass selbst eine erfolgreiche EU-Außenpolitik Fluchtursachen nur abmildern und nicht beseitigen kann. Europa muss sich seiner globalen Verantwortung solidarisch stellen. Unabdingbar ist daher eine faire Verteilung der Asylsuchenden zwischen den Mitgliedstaaten nach ihrer Leistungsfähigkeit. Hiervon müssen insbesondere die Länder an der Außengrenze der EU profitieren. Unabdingbar für den Erfolg einer solchen Verteilung ist aber, dass auf europäischer Ebene gewährleistet werden kann, dass EU-weite Standards auch in jedem EU-Mitgliedstaat gewährleistet werden. Wenn einzelne Mitgliedsstaaten der

EU sich hartnäckig weigern, einer angemessenen Aufnahme von Flüchtlingen zuzustimmen, kann das nicht ohne Konsequenz bleiben und man sollte über angemessene Ausgleichszahlungen z.B. aus dem laufenden EU-Haushalt zugunsten der aufnahmebereiten Staaten nachdenken.

Besonders betroffene Staaten wie Griechenland, Italien und auch Ungarn sollen bei der Einrichtung von menschenwürdigen Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen unterstützt werden, die von der EU unter Beteiligung des UNHCR gemeinsam mit den betroffenen Staaten betrieben werden sollen. Darüber hinaus soll eine Asylantragsstellung in allen deutschen Konsulaten ermöglicht werden, um das Geschäft der Schlepper zu erschweren. Die Visastellen in den Auslandsvertretungen Deutschlands müssen gestärkt werden.

Ohne eine angemessene, aber Gefahren für Leib und Leben von Flüchtlingen ausschließende Sicherung der EU-Außengrenzen und der dort zu erfolgenden Registrierung und Erstbetreuung in sog. „hot spots“ werden wir nicht dauerhaft gewährleisten können, dass die durch das Schengen-System erreichte Errungenschaft des „Europas ohne Grenzen“ langfristig uneingeschränkt erhalten bleibt – und das darf nicht sein. Klar ist auch: Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen wie aktuell z.B. zwischen Deutschland und Österreich ist keineswegs eine dauerhafte Lösung, sondern war allenfalls als Atempause kurzfristig vertretbar.

Gemeinsam agieren auf Bundesebene

Wir unterstützen die Parteispitze und die SPD-Ministerpräsidenten darin, kurzfristig eine messbare, strukturelle und dauerhafte finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen beim Bund zu erreichen. Die Bewältigung der Lage ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen stehen hier in einer Verantwortungsgemeinschaft. Die bisher vom Bund gemachten Unterstützungszusagen sind angesichts der Lage nicht ausreichend. Wenn Hamburg in einer riesigen Kraftanstrengung die Aufwendungen für Flüchtlinge in einem Doppelhaushalt um fast 600 Mio. Euro aufstockt, ist es im Verhältnis unverträglich, wenn am Schluss in Hamburg nur überschaubare zweistellige Millionenbeträge vom Bund als zusätzliche Unterstützung in Hamburg ankommen. Die Einigung im Koalitionsausschuss, die finanzielle Unterstützung für 2016 auf 3 Mrd. zu erhöhen, begrüßen wir daher als wichtigen Schritt, weitere Unterstützungen kommen hinzu. Bis zum 24. September muss nun ein Weg für die Verstärkung und die Verteilung der Mittel gefunden werden. Senat und Regierungsfractionen sind aufgefordert Wege zu finden, diese Mittel trotz der strengen haushaltsrechtlichen Vorgaben für die Flüchtlingshilfe auch verwendbar zu gestalten – etwas anderes wäre nicht vermittelbar.

Wir brauchen endlich die seit langem vom Bund versprochenen schnelleren Verfahren beim zuständigen Bundesamt. Das CDU-geführte Innenministerium muss dafür Sorge tragen, dass der Bearbeitungsstau des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für rund 250.000 Fälle von Asylbewerberanträgen in ganz Deutschland unverzüglich abgetragen wird. Hierzu ist die bereits beschlossene personelle Verstärkung des BAMF zügig und unter Nutzung unbürokratischer Verfahren umzusetzen.

Den Zuzug von Menschen aus den Ländern des sogenannten Westbalkans, die aus wirtschaftlicher Not oder aufgrund fehlender Perspektive ihr Land verlassen und in das Asylverfahren wollen, müssen wir spürbar verringern. Nur bei etwa 1 % der Asylsuchenden

aus diesen Ländern endet das Asylverfahren erfolgreich. Neben der Ausweitung der Informationskampagnen in den Herkunftsländern über die (fehlenden) Chancen in einem Asylverfahren, der Verkürzung der Asylverfahren für Menschen aus diesen Staaten auf maximal drei Monate ab der Einreise und der Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten der legalen Arbeitsmigration, ist die Einstufung dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten ein weiterer, wichtiger Baustein, um auf diesem Weg erfolgreich zu sein.

Angesichts der Verfahrensdauer und den Schwierigkeiten Kapazitäten in der Folgeunterbringung aufzubauen ist die von Koalition verabredete Erhöhung der maximalen Aufenthaltsdauer in der ZEA von drei auf sechs Monate ein richtiger Schritt. Asylsuchende aus „sicheren Herkunftsländern“ sollen bis zum Abschluss des Verfahrens in der ZEA verbleiben.

Der Bund will die Länder und Kommunen beim Ausbau von 150.000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützen und hierfür Bundesliegenschaften zur Verfügung stellen. Weitere Verfahrensvereinfachungen im Bau- und Planungsrecht sollen geprüft und unverzüglich umgesetzt werden. Die erste Baurechtsvereinfachung für Flüchtlingsunterkünfte ging auf eine Hamburger Initiative zurück, wir werden auch bei dieser Novelle dafür sorgen, dass sie noch in diesem Herbst greift, damit sie uns vor Ort effektiv hilft. Wo nötig und möglich, werden wir sie landesrechtlich ergänzen.

Im Hinblick auf die Verfahrensdauern sind Senat und Bürgerschaft bereits in Vorleistung getreten, um zu gewährleisten, dass z.B. die Verwaltungsgerichte in die Lage versetzt werden, zügig über Klagen zu verhandeln, und dass rechtskräftige Entscheidungen von der Ausländerbehörde zeitnah vollstreckt werden, wenn dem keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. So wurde das Verwaltungsgericht bereits um zwei Kammern erweitert, um der gestiegenen Klagezahl abgelehnter Asylbewerber Rechnung zu tragen. Ebenso wurde die Rückführungsabteilung in der Innenbehörde von 10 auf 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt. Die Personalsituation in den Verwaltungsgerichten und der Rückführungsabteilung muss weiter im Blick bleiben – damit die angemahnten Beschleunigungen beim BAMF nicht durch Verfahrensverlängerungen in Hamburg konterkariert werden. Inwieweit noch Spielräume bestehen, unter Wahrung der hohen rechtstaatlichen Standards, die Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten noch effizienter zu gestalten, wird zu prüfen sein.

Dass es aus Stadtstaaten-Sicht am Königsteiner Schlüssel als Verteilungsmaßstab für Flüchtlinge in Deutschland Kritik gibt, ist nachvollziehbar – denn dieser Schlüssel wurde für die Verteilung fiskalischer Lasten entwickelt und lässt das für die Unterbringung von Flüchtlingen eminent wichtige Kriterium der verfügbaren Flächen unberücksichtigt. Da angesichts der großen Herausforderungen in allen Bundesländern eine Änderung des Königsteiner Schlüssel aber aktuell nicht realistisch ist, sind die Möglichkeiten gerade für Stadtstaaten, mit dünner besiedelten Gemeinden, Landkreisen oder Flächenländern Verwaltungsabkommen über die externe Unterbringung von Flüchtlingen abzuschließen, dringend auszubauen. Es kann nicht sein, dass im Osten in dieser Zeit leerstehende Wohnungen abgerissen werden – das ist nicht vermittelbar.

Insgesamt gilt es, in den nächsten Wochen auf Bundesebene praktikable Verständigungen zu diesen und vielen anderen wichtigen Fragen zu erzielen, die von Bundestag und Bundesrat

noch im Oktober beschlossen werden müssen. Das Ergebnis des Koalitionsausschusses ist dazu eine gute Grundlage. Ein Parteienstreit um dieses Thema werden die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Lage nicht verstehen. Die Maßnahmen, seien es neue Gesetze, Finanzaufwendungen oder Organisationsentscheidungen, müssen noch in diesem Herbst praktisch Wirkung entfalten können, der Faktor Zeit ist entscheidend.

Eine Verständigung auf Bundesebene sollte durchaus auch neue Wege der – wohl gemerkt gesteuerten - Zuwanderung als Alternative zum Asylverfahren ermöglichen. Der Vorschlag unseres Bürgermeister zu Wegen der Arbeitsmigration für den Westbalkan hat entsprechend Eingang in die Beschlüsse des Koalitionsausschusses gefunden. Und dass sich die CDU einem Einwanderungsgesetz nicht länger versperrt, lässt hoffen. Auch wenn man die Erwartungen nicht überspannen darf; wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das viele notwendige Regelungen zusammenführt: Die Voraussetzungen für Einwanderung, für Familiennachzug, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie für Staatsbürgerschaft u.a. werden aktuell in diversen, überwiegend unübersichtlichen Regelungen festgehalten. Ein Einwanderungsgesetz muss Widersprüche klären, Vorschriften zusammenführen und notwendige Transparenz für alle schaffen.

Unsere Anstrengungen auf Landesebene

Die Akquise neuer Flächen für die ZEA und die Folgeunterbringungen erweist sich immer mehr als große Herausforderung, die die Zusammenarbeit diverser Fachbehörden und bezirklicher Stellen betrifft. Um die Abstimmung untereinander sowie die Einbindung der kommunalen Politik noch schneller und besser bewältigen zu können, bedarf es eines möglichst systematischen transparenten Verfahrens. Dieses ist deshalb schwierig, weil die Zuständigkeiten und auch Entscheidungsbefugnisse auf mehrere Fachbehörden verteilt sind. Angesichts der Dringlichkeit und Größe der Aufgabe erscheint eine stärkere Bündelung der Aufgaben als sinnvoll. Der jetzt eingerichtete Koordinierungsstab aus BIS und BASFI war daher ein richtiger und notwendiger Schritt – eine grundsätzliche Zuständigkeitsdebatte in der aktuellen Lage wäre dagegen nicht sinnvoll.

Bei der Flächen- und Gebäudeakquise sind wir auch auf die Mitwirkungsbereitschaft privater Eigentümer angewiesen. Vor allem gilt es aktuell, durch Nutzung von leerstehenden Hallen möglichst weitgehend Zeltunterbringung im Winter zu vermeiden. Viele Eigentümer zeigen Bereitschaft – z.B. von der Firma Globetrotter, der die Stadt ihr ehemaliges Zentrallager abgekauft hat. Unbürokratisch hilft der Firmenchef hier mit, bringt sich ein in dieser angespannten Situation. Aber es gibt auch andere, die sinngemäß sagen, wenn ich eine leerstehende Halle für Flüchtlinge vermiete, kriege ich sie nachher nicht mehr gewinnbringend verkauft. Eine solche Haltung darf sich in dieser Lage nicht durchsetzen. Hamburg muss und wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um geeignete Flächen und Gebäude auch nutzbar zu machen. Das war an der Sophienterrasse so und wird auch bei leerstehenden Gewerbeobjekten so sein. Wir werden alle Kräfte mobilisieren und Hindernisse aus dem Weg räumen.

Für die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern haben wir strukturelle Voraussetzungen geschaffen, die ein Meilenstein in der Grundversorgung sind. Hamburg ist neben Bremen das einzige Land, das für diesen Personenkreis eine Gesundheitskarte ausstellt und damit die Aufnahme im regulären

Gesundheitssystem sicherstellt. Probleme bereiten aber aufgrund des großen Andrangs die Erstuntersuchung sowie die Erstversorgung mit medizinischen Leistungen. Da sich die Flüchtlinge aus Krisengebieten und mit langer Fluchtgeschichte meist in einem schlechten gesundheitlichen Zustand befinden, kann das differenzierte Gesundheitssystem Hausärzte-Fachärzte-Notfallpraxen-Notfallstationen der Krankenhäuser die Versorgung bei dieser großen Inanspruchnahme nicht mehr leisten. Zur schnellen Versorgung der Flüchtlinge einerseits und zur Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgung der übrigen Bevölkerung andererseits erscheint es angezeigt, eine zentrale Gesundheitsversorgung in den ZEAs anzubieten. Ebenso bedarf es einer zentralen Koordination der Leistungsangebote, die sich aus fest angestellten Ärztinnen und Ärzten, solchen auf Honorarbasis wie auch auf ehrenamtlicher Basis zusammensetzt. Auch können viele logistische Fragen (z.B. Räumlichkeiten für die gesundheitliche Versorgung, Isolierungsmöglichkeiten bei Krankheit) auf diese Weise gelöst werden. Wenn die Schwierigkeiten der ersten medizinischen Versorgung geklärt sind, kann das geregelte ambulante und stationäre Gesundheitssystem die Versorgung wieder gewährleisten.

Wir sind stolz auf das herausragende insbesondere ehrenamtliche Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger. Die von der Bürgerschaft jüngst beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Vernetzung und Ausstattung der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit für die Flüchtlinge unter anderem durch Einrichtung eines Forums Flüchtlingshilfe, werden daher ausdrücklich begrüßt. Das Forum Flüchtlingshilfe sollte – auch als Zeichen an die Haupt- und Ehrenamtlichen – noch in diesem Jahr mit einer Auftaktveranstaltung seine Arbeit aufnehmen. Eine solche Plattform der konkret mit dem Thema befassten Menschen und Organisationen ist allemal sinnvoller als häufig folgenlose Flüchtlingsgipfel. Ebenso ist die von der Bürgerschaft verstärkte Unterstützung der besseren begleitenden Kommunikation neuer Einrichtungen wichtig und richtig. Ziel sollte es weiter sein, dass grundsätzlich die Anwohnerinnen und Anwohner nicht aus der Zeitung, sondern durch die Stadt von den Plänen einer neuen Einrichtung in ihrer Nachbarschaft erfahren.

Auch wir als Partei engagieren uns an vielen Stellen. Viele Genossinnen und Genossen engagieren sich ehrenamtlich in Unterstützerinitiativen vor Ort, nicht selten gehören sie zu den Initiatoren solcher Unterstützerkreise. Um den Erfahrungsaustausch auch bei uns zu fördern und die thematische Weiterarbeit an diesem für uns alle zentralen Thema zu bündeln, werden wir in den nächsten Monaten zu einer zentralen **„Flüchtlingskonferenz der Hamburger SPD“** die Genossinnen und Genossen, aber auch viele externe Engagierte, einladen. Dabei wollen wir die Chancen in den Mittelpunkt stellen, ohne die Probleme zu vernachlässigen.

Denn: Jeder Flüchtling, der in unser Land kommt, ist auch eine Chance für uns alle. Gesellschaftlich allemal, weil Flüchtlinge das Leben in diesem Land auch bereichern können. Dies gilt darüber hinaus auch in volkswirtschaftlicher Sicht, da Asylbewerber offene Stellen besetzen können und die Nachfrage stärken. Der Gewinn wird umso größer sein, je eher eine Arbeitserlaubnis erteilt wird und das Erlernen der deutschen Sprache beginnt. Außerdem können wir schon jetzt festhalten, dass bei richtiger Gestaltung von Zuwanderung und Integration wichtige Beiträge zur Lösung unserer demographischen Probleme und des Fachkräftemangels geleistet werden können. Der Zeitpunkt für die Integration in Arbeit ist gerade jetzt sehr günstig. So sind bei den Arbeitsagenturen rund 589.000 offene Stellen gemeldet, immerhin 87.000 mehr als im letzten Jahr. Deshalb müssen die Fristen der

Vorrangprüfung weiter verkürzt und die Verfahren der Gleichwertigkeitsprüfung von Arbeitsverträgen von Flüchtlingen entbürokratisiert werden. Viele Arbeitgeber sind bereit, Flüchtlingen eine Chance zu geben – sie scheitern häufig an bürokratischen Hürden. Damit muss Schluss sein. Ein Arbeitgeber, der einen Flüchtling einstellen will, muss binnen einer Woche die notwendigen Genehmigungen erhalten können und entsprechend beraten werden. Wir freuen uns, dass unser Sozialsenator als zukünftiger Vorstand der Bundesagentur für Arbeit diese Fragen in den Mittelpunkt seiner neuen Tätigkeit stellen will und sagen ihm unsere Unterstützung zu. Ein wichtiger und vorbildlicher Schritt war, dass Hamburg als erstes Bundesland Projekt W.I.R. zur schnellen Aufnahme beruflicher Qualifikationen von Flüchtlingen gestartet hat. Letztlich sollte es – nach dem Vorbild der Jugendberufsagenturen – Flüchtlingsberufsagenturen geben, die alle Kräfte für eine schnelle Integration möglichst vieler Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt bündeln.

Dabei müssen wir aber beachten, dass eine große Zahl von Menschen ohne oder nur mit wenig Bildung zu uns kommt. Wir wissen, dass die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Menschen mit geringer Bildung begrenzt ist. So hat der Arbeitsmarkt in Hamburg einen Anteil von ungefähr 10 Prozent Geringqualifizierter. Diesen Zwiespalt müssen wir benennen und Lösungsmöglichkeiten schaffen. Wir müssen unsere Anstrengungen auf die Bereiche Spracherwerb und Nachqualifikation konzentrieren. Der Bund muss deshalb die Mittel für Sprachkurse auch für Asylbewerber und Geduldete deutlich erhöhen und auch die berufsbezogene Sprachförderung ausweiten.

Der Bund muss dafür sorgen, dass die Jobcenter angesichts der Aufgabe der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen personell verstärkt werden und die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen massiv erhöht werden. Dabei sollte es vorrangiges Ziel sein, Flüchtlinge vor allem für die Branchen auszubilden, in denen eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Beispiele hierfür wären das Handwerk, wo dieses Jahr ca. 27.000 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben sind, sowie Krankenhäuser und Pflegeheime, wo Flüchtlinge Lücken des Arbeitsmarktes auffüllen könnten. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht fernliegend, dass sich im Bereich einfacher Tätigkeiten der Wettbewerb verschärfen wird. Wir werden daher auch Mittel und Wege finden müssen, den Anteil Geringqualifizierter am Arbeitsmarkt auszuweiten. Hier sind Initiativen an die Bundesebene zu richten – und die Mittel der Bundesagentur sind entsprechend aufzustocken.

Ein Großteil der Flüchtlinge sind Familien mit Kindern. Hier haben wir die Chance, dass unser vorbildliches System von Bildung und Betreuung, von der Krippe, Kita, Grundschule (mit flächendeckender Ganztagsbetreuung) sowie Stadtteilschule und Gymnasium entsprechend mitwächst. Mit der Mehrbedarfsdrucksache wurden von Senat und Bürgerschaft die ersten Weichen richtig gestellt – das muss so weiter gehen. Wichtige Errungenschaften wie die kleinen Grundschulklassen und die schrittweisen Verbesserungen im Kita-Betreuungsschlüssel müssen erhalten bleiben und sind geradezu Erfolgsfaktoren für die Integration der Flüchtlingskinder in Hamburg.

Durch eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kinder, möglichst unter Berücksichtigung des Kess-Faktors auf die Schulen unserer Stadt, wollen wir dem besonderen Förderbedarf der Flüchtlingskinder Rechnung tragen.

Die Belange und die besondere Lage weiblicher Flüchtlinge muss insbesondere mit Blick auf mögliche geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen berücksichtigt werden.

Die Entwicklung von Konzepten für den Zugang und für die Beratung von Frauen ist daher erforderlich. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung sind wichtige Ziele, die dabei berücksichtigt werden müssen. Dabei müssen Flüchtlingsarbeit und Frauenberatung eng vernetzt werden. Die besondere Situation schwangerer Frauen in den Unterkünften muss Berücksichtigung finden. Psychologische Hilfen und Traumatabehandlungen müssen zugänglich sein.

Herausforderungen vor Ort auf bezirklicher Ebene

Aufgabe der bezirklichen Ebene wird es auch zukünftig sein, die Landesebene bei der Akquise und Auswahl der neuen Flächen mit ihren örtlichen Kenntnissen zu unterstützen. Um auch langfristig die Unterstützung aller politischen Richtungen zu erhalten, sollten Flächenvorschläge möglichst längerfristig vorliegen und gewertet werden können. Die Prognosen zeigen alle zunächst anhaltende Flüchtlingsströme, sodass auch mittelfristig mit der Notwendigkeit einer Ausweisung neuer Flächen gerechnet werden muss. Dieses sollte deshalb jetzt proaktiv für die Zukunft vorbereitet werden.

Die Bezirke dürfen über die kurzfristig notwendige Beschäftigung mit Flächen für die ZEA und Folgeunterkünfte den dringend notwendigen Wohnungsbau nicht vernachlässigen. Die Aufstellung und Abarbeitung der bezirklichen Wohnungsbauprogramme bleibt ihre vordringliche Aufgabe. Insbesondere sollte an dem Prinzip, dass die Einrichtungen für ZEA und Folgeunterkünfte grundsätzlich keine Wohnungsbauvorhaben längerfristig verhindern dürfen, festgehalten werden. Um trotzdem in der Lage zu sein, auch kurzfristig für die Unterbringung nutzbare Flächen bereit zu stellen, müssen Modelle für die Zwischennutzung von Wohnungsbauflächen sowie integrierte Modelle der schrittweisen Entwicklung von ZEA über Folgeunterkünfte hin zu sozialem Wohnungsbau ermöglicht werden. Wir stellen uns auch der Herausforderung, kurzfristig größere Flächen zu benennen, um auch für die Folgejahre Kapazitäten zu haben.

Bei der Ausweisung neuer Flächen für öffentliche Unterbringung werden wir darauf achten, dass die Menschen in unserer Stadt möglichst keine Einschränkungen in der Nutzung der täglichen Infrastruktur aufgrund der Vielzahl an Flüchtlingen erfahren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass der Senat es geschafft hat, alle in Anspruch genommenen Turnhallen vor Ende der Schulferien wieder zu räumen und setzen darauf, dass dies auch künftig gelingen wird.

Wir begrüßen, dass Bürgerschaft und Senat auch die finanziellen Mittel für eine bessere Koordination des freiwilligen Engagements bei Flüchtlingsunterbringungen auf bezirklicher Ebene in personeller Hinsicht (Flüchtlingskoordinator/in) bereitgestellt haben.

Wir begrüßen das vielfältige soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt – gerade auch vor Ort in den Bezirken und Stadtteilen. Wir wissen, dass dieses Engagement in heutiger Zeit nicht selbstverständlich ist und zum Teil eine erhebliche persönliche Belastung darstellt. Aber ohne dieses freiwillige Engagement wäre die gesamtstädtische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Hilfe für die Flüchtlinge und ihrer Integration nicht zu

leisten. Die bereits entstandenen Netzwerke bedürfen unserer Unterstützung. Folgende Maßnahmen sind erforderlich und sollten auf dem Flüchtlings-Forum diskutiert werden:

1. Feste Ansprechpartner in den Einrichtungen, in den Fachbehörden und Bezirken
2. Sicherstellung eines bezirklichen Erfahrungsaustausches
3. Hilfe bei der Suche von Räumlichkeiten
4. Leichter Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten
5. Freistellung von den Kosten des Nachweises eines qualifizierten Führungszeugnisses
6. Psychologische Betreuung in Form eines Sorgentelefon